## S 6 RA 2706/99

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 10
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Leitsätze Anwendung der

Vertrauensschutzregelung des § 237 Abs 2 SGB 6 (seit 02.02.2000 Abs 4) bei Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit; gilt nicht für vor dem 14.02.1996 bewilligte

und abgeschlossene

arbeitsmarktpolitische Leistungen des Arbeitsamts (§ 237 Abs 2 S 1 Nr 1b, S 2

(seit 01.01.2000 Abs 4).

Normenkette SGB 6 § 237 Abs 2

1. Instanz

Deskriptoren

Aktenzeichen S 6 RA 2706/99 Datum 31.08.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 RA 4876/00 Datum 26.07.2001

3. Instanz

Datum -

Das Urteil des Sozialgerichts Reutlingen vom 31. August 2000 wird aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Au̸ergerichtliche Kosten sind in beiden Rechtszügen nicht zu erstatten.

## Tatbestand:

Der Kläger begehrt Altersrente wegen Arbeitslosigkeit ohne Rentenabschlag nach MaÃ∏gabe der Vertrauensschutzregelung des <u>§ 237 Abs. 2</u> Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) in der bis 31. Dezember 1999 geltenden Fassung (a.F.). Der 1939 geborene Kläger arbeitete als freier Handelsvertreter; seine Tätigkeit

stellte er zum 30. September 1992 gemäÃ∏ einem mit seinem Arbeitgeber geschlossenen Aufhebungsvertrag vom 31. MÃxrz 1992 ein. Danach bezog er vom 05. Juli 1993 bis 19. Juni 1994 Arbeitslosengeld. Am 20. Juni 1994 nahm der KlĤger (erneut) eine selbstĤndige ErwerbstĤtigkeit als freier Handelsvertreter auf, die er auch am 14. Februar 1996 (Stichtag des <u>§ 237 Abs. 2 SGB VI</u> a.F.) noch (unbefristet) ausübte, Pflichtbeiträge zur Beklagten entrichtete und am 30. Juni 1997 beendete; seither war der KlAzger erneut arbeitslos. FA¼r die 1994 aufgenommene HandelsvertretertÄxtigkeit hatte das Arbeitsamt V. dem KlÄxger mit Bescheid vom 11. Juli 1994 gemäÃ∏ § 55a Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für die Dauer von 10 Wochen (ab 20. Juni 1994) Ã∏berbrückungsgeld (2500,-DM) sowie Aufwendungen fýr die Krankenversicherung und Altersversorgung (833,33 DM) bewilligt. Auf den am 15. Dezember 1998 gestellten Antrag gewĤhrte die Beklagte dem KlAzger mit Bescheid vom 30. Juni 1999 Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nach <u>§ 38 SGB VI</u> a.F. ab 1. Mai 1999 unter Anwendung eines wegen vorzeitiger Inanspruchnahme der Rente auf 0,916 verminderten Zugangsfaktors (Zahlbetrag ab 1. August 1999: 2454,78 DM monatlich). Der KlĤger legte Widerspruch ein; ihm stehe Altersrente wegen Arbeitslosigkeit ohne Rentenabschlag nach Ma̸gabe des <u>§ 237 Abs. 2 SGB VI</u> a.F. zu, weil man ihm vor dem ma̸geblichen Stichtag (14. Februar 1996) Ã∏berbückungsgeld als befristete arbeitsmarktpolitische MaÄ nahme bewilligt habe. Den Widerspruch wies die Widerspruchsstelle der Beklagten mit Widerspruchsbescheid vom 6. September 1999 zurück. Am 8. Oktober 1999 erhob der Kläger Klage beim Sozialgericht Reutlingen. Er hielt an seiner Rechtsauffassung fest; ohne das ̸berbrückungsgeld hätte er sich nicht auf das "Abenteuer" einer â∏∏ letztendlich erfolglosen â∏∏ Tätigkeit als freier Handelsvertreter eingelassen. Mit Urteil vom 31. August 2000 Ĥnderte das Sozialgericht den Rentenbescheid der Beklagten vom 30. Juni 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 6. September 1999 ab und verurteilte die Beklagte, dem KlĤger Altersrente wegen Arbeitslosigkeit ohne Rentenabschlag zu gewähren. Zur Begründung wurde ausgeführt, für die Anwendung der Vertrauensschutzregelung des § 237 Abs. 2 SGB VI a.F. genüge es, dass der KIäger vor dem maÃ∏geblichen Stichtag (14. Februar 1996) ̸berbrückungsgeld als befristete arbeitsmarktpolitische Ma̸nahme erhalten habe. Für eine von der Beklagten befürwortete enge Gesetzesauslegung gebe es keine Handhabe. Das Urteil wurde der Beklagten am 16. November 2000 zugestellt. Am 15. Dezember 2000 hat die Beklagte Berufung eingelegt. Sie trĤgt vor, mit der Vertrauensschutzregelung des § 237 Abs. 2 SGB VI a.F. habe der Gesetzgeber nur einen bestimmten, eng umschriebenen, Personenkreis von der Anhebung der Altersgrenze få<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r Rente wegen Arbeitslosigkeit ausnehmen wollen. Arbeitsmarktpolitische Ma̸nahmen begründeten Vertrauensschutz nur dann, wenn der Empfänger am Stichtag (14. Februar 1996) noch gefĶrdert worden sei; es genüge nicht, dass er irgendwann davor entsprechende Leistungen erhalten habe. Die Beklagte beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Reutlingen vom 31. August 2000 aufzuheben und die Klage abzuweisen. Der Kläger beantragt, die Berufung zurä½ckzuweisen. Er verteidigt das angefochtene Urteil. Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung des Senats ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklÃxrt (§Â§ 153 Abs. 1, 124 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz, SGG). Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf deren SchriftsÄxtze

sowie die Akten der Beklagten, des Sozialgerichts und des Senats Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe:

Die gemĤÄ∏ <u>§Â§ 143</u>, <u>144</u>, <u>151 SGG</u> statthafte und zulĤssige Berufung der Beklagten, über die der Senat im Einverständnis der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung entschieden hat, ist begründet. Das Sozialgericht hat der Klage des KlĤgers zu Unrecht stattgegeben; es hĤtte sie abweisen müssen, weil die Voraussetzungen des <u>§ 237 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1b, Satz 2 SGB VI</u> a.F., jetzt § 237 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1b, Satz 2 SGB VI n.F., nicht erfüllt sind. Die Beteiligten streiten mit Recht nur noch dar A¼ber, ob der (am 14. Februar 1996 wegen seiner damals ausgeübten selbständigen Erwerbstätigkeit im Rechtssinne nicht arbeitslose) Kläger mit Blick auf die Anhebung der Altersgrenzen für Rente wegen Arbeitslosigkeit Vertrauensschutz nach Ma̸gabe der genannten Vorschriften reklamieren kann. Das ist entgegen der Auffassung des Sozialgerichts nicht der Fall, wie sich aus folgenden Erwägungen des Senats ergibt: Die Anhebung der Altersgrenze fýr Rente wegen Arbeitslosigkeit entfäIIt gemäÃ∏ § 237 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1b SGB VI a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1b SGB VI n.F. unbeschadet weiterer Voraussetzungen fļr solche (rentennahe) Versicherte, deren ArbeitsverhĤltnis auf Grund einer Kündigung oder Vereinbarung, die vor dem 14. Februar 1996 erfolgt ist, nach dem 13. Februar 1996 beendet worden ist und die daran anschlieÃ⊓end arbeitslos geworden sind. Einer vor dem 14. Februar 1996 abgeschlossenen Vereinbarung über die Beendigung des ArbeitsverhÃxItnisses stellt <u>§ 237 Abs. 2 Satz 2 SGB VI</u> a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 2 SGB VI n.F. eine vor diesem Tag vereinbarte Befristung des ArbeitsverhĤltnisses oder Bewilligung einer arbeitsmarktpolitischen MaÄnahme gleich. Mit Wortlaut, Systematik und Zweck dieser Bestimmungen ist es nicht vereinbar, Vertrauensschutz schon dann zuzubilligen, wenn einem Versicherten (irgendwann) vor dem Stichtag 14. Februar 1996 eine befristete arbeitsmarktpolitische Ma̸nahme gewährt worden war. Mit der Gleichstellungsklausel des <u>§ 237 Abs. 2</u> Satz 2 SGB VI a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 2 SGB VI n.F. erweitert das Gesetz den durch § 237 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1b SGB VI a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1b SGB VI n.F. begründeten Vertrauensschutz. Die vertrauensschutzerweiternden Merkmale "Befristung des ArbeitsverhAxltnisses" und "Bewilligung einer befristeten arbeitsmarktpolitischen MaÃ⊓nahme" kann man deshalb nicht anders auslegen als das vertrauensschutzbegründende Merkmal "Vereinbarung über die Beendigung des ArbeitsverhAxltnisses", dem sie gleichgestellt sind. FA¼r letzteres folgt aber aus § 237 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1b SGB VI a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1b SGB VI n.F., woran Satz 2 der genannten Vorschriften jeweils anknüpft, dass nur solche Beendigungsvereinbarungen Vertrauensschutz begrýnden, die vor dem Stichtag 14. Februar 1996 geschlossen wurden und das ArbeitsverhĤltnis nach dem 13. Februar 1996 beenden. Der Vertrauensschutz wird daher nur auf solche Befristungen des ArbeitsverhĤltnisses erweitert, die vor dem Stichtag vereinbart wurden und das ArbeitsverhÄxltnis, genauso wie Beendigungsvereinbarungen, nach dem 13. Februar 1996 auflĶsen. Nichts anderes kann für die der Beendigungsvereinbarung gemeinsam mit der Befristungsvereinbarung gleichgestellte Bewilligung befristeter

arbeitsmarktpolitischer Ma̸nahmen gelten. Den Vertrauensschutz erweitern sie nur dann, wenn sie vor dem Stichtag bewilligt wurden und nach dem 13. Februar 1996 geendet haben (vgl. dazu auch Klattenhoff, in: Hauck/Noftz, SGB VI, § 237 Rdn. 25; Recht, NZS 1996, 552, 559); ob es auch genügt, dass die MaÃ⊓nahme vor dem Stichtag bei spĤterer Bewilligung nur "begonnen" hat, sei dahingestellt (in diesem Sinne LSG Bad.-Württ., Urt. v. 11. April 2000, â∏∏ <u>L 13 RA 1302/99</u> -). Hinzukommt, dass das Gesetz von vor dem Stichtag "bewilligten" Ma̸nahmen spricht, was A<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ber den Stichtag hinaus in die Zukunft weist; sollten auch bereits "abgewickelte" arbeitsmarktpolitische MaÄ $\sqcap$ nahmen erfasst werden, hÄ $\bowtie$ tte es nahe gelegen, (bspw.) von "gewAxhrten" MaAnahmen oder von "in Anspruch genommener FĶrderung" zu reden. Insoweit bezieht der Senat das Stichtagserfordernis in § 237 Abs. 2 Satz 2 SGB VI a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 2 SGB VI n.F. auch auf das Merkmal "Bewilligung einer befristeten arbeitsmarktpolitischen Ma̸nahme" (a.A.: LSG Bad.- Württ., Urt. v. 11. April 2000, aaO). Dass es dem Gesetzgeber nicht gelungen ist, diesen sachlichen Bezug sprachlich einwandfrei auszudrücken â∏ man hätte "erfolgte Bewilligung" schreiben müssen â∏ schadet nicht, nachdem man im Gesetzgebungsverfahren offenbar davon ausgegangen ist, das Stichtagserfordernis gelte (auch) für Bewilligung â∏ oder Beginn â∏ arbeitsmarktpolitischer MaÃ∏nahmen. In der Stellungnahme des Bundesrats zum Gesetzentwurf der Bundesregierung tritt das klar hervor, wenn dort unter Nr. 3 gefordert wird, man mĶge im Gesetzestext klarstellen, dass der vorgesehene Vertrauensschutz sich auf Personen erstrecke, die vor dem Stichtag eine Befristung ihres ArbeitsverhÄxltnisses vereinbart oder eine arbeitsmarktpolitische Ma̸nahme begonnen hätten (BT-Drs. 13/4719). Insoweit ist in der GegenäuÃ∏erung der Bundesregierung zwar von "bewilligten" (nicht "begonnenen") Maà nahmen die Rede; die Bewilligung ist jedoch ebenfalls auf den Stichtag bezogen. Schlie̸lich bestätigt der Zweck der in Rede stehenden Vorschriften die Richtigkeit des Auslegungsergebnisses. Das Gesetz will das Vertrauen der Versicherten rentennaher JahrgĤnge schļtzen, die bereits arbeitslos sind (<u>§ 237 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1a SGB VI</u> a.F. bzw. <u>§ 237 Abs. 4 Satz 1 Nr.</u> 1a SGB VI n.F.) oder aber in der Aussicht und im Vertrauen auf eine (volle) Altersrente wegen Arbeitslosigkeit Dispositionen getroffen haben, die zur Arbeitslosigkeit führen werden (vgl. die Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung, BR-Drs. 208/96 S. 28 sowie Binne, DRV 1996, 145). Bis zum Stichtag 14. Februar 1996, an dem das Bundeskabinett das dem Entwurf des Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Ã∏bergangs in den Ruhestand zugrundeliegende so genannte "Eckpunktepapier" beschloss, konnte man â∏ als bereits Arbeitsloser â∏∏ (noch) auf den Bestand der ursprünglichen Regelung vertrauen und sich in diesem Vertrauen (meist notgedrungen) auf die Zeit der Arbeitslosigkeit bis zur erwarteten (Voll)rente wegen Arbeitslosigkeit einrichten oder â∏ als im Arbeitsleben Stehender â∏ im gleichen Vertrauen über sein ArbeitsverhÃxItnis disponieren, etwa eine Kündigung aussprechen oder die AuflĶsung bzw. Befristung des ArbeitsverhĤltnisses vereinbaren. Hier liegt der Kern des geschä¼tzten Vertrauens. Den Versicherten rentennaher Jahrgä¤nge, die entsprechend disponiert haben, w\( \tilde{A} \) re die durch \( \tilde{A} \) bergangsregelungen nicht abgemilderte SchmĤlerung der Rente wegen Arbeitslosigkeit schwerlich zuzumuten und womöglich als unverhältnismäÃ∏iger Eingriff in durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Rentenanwartschaften unzulÃxssig (dazu: BVerfGE 76, 256,

349 f., 359). Wer indessen mit Hilfe befristeter arbeitsmarktpolitischer MaÄnahmen (zunächst) den Weg aus der Arbeitslosigkeit zurück ins Arbeitsleben findet, kann den in Rede stehenden Vertrauensschutz auch dann nicht reklamieren, wenn sich diese "Disposition" wegen erneuter Arbeitslosigkeit nach dem Stichtag 14. Februar 1996 jetzt als unvorteilhaft erweist. Denn er hat sich nicht auf bereits bestehende und nicht mehr überwindbare oder wegen vor dem Stichtag getroffener Dispositionen nunmehr eintretende Arbeitslosigkeit eingerichtet und dabei auf den Fortbestand des alten Rechts vertraut, sondern den â∏∏ wenn auch nur vorübergehend erfolgreichen â∏∏ Versuch unternommen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, um später nach Möglichkeit Regelaltersrente zu beziehen. Sollte der Kläger also â∏ was in seinem Vorbringen anklingt â∏ darauf abstellen wollen, ohne die befristet durch ̸berbrýckungsgeld geförderte und nach 3 lahren mangels Erfolgs beendete TÃxtigkeit als freier Handelsvertreter wÃxre er arbeitslos geblieben und bekĤme deshalb als am Stichtag Arbeitsloser gemĤÄ∏ § 237 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1a SGB VI a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a SGB n.F. ungekürzte Altersrente wegen Arbeitslosigkeit, könnte er damit nicht durchdringen, auch nicht unter Hinweis auf den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG , nachdem der Gesetzgeber, dem grundsĤtzlich und erst Recht für ̸bergangsregelungen ein weiter Gestaltungsspielraum zukommt (vgl. <u>BVerfGE 75.</u> 78, 98), wegen der beschriebenen Unterschiede der Verhäultnisse nicht verpflichtet ist, diese Fallkonstellation in die Vertrauensschutzregelung des § 237 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1a SGB VI a.F. bzw. § 237 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a SGB VI n.F. einzubeziehen. Das Sozialgericht hat der Klage damit zu Unrecht stattgegeben, weshalb sein Urteil aufzuheben und die Klage abzuweisen ist. Hierauf und auf § 193 SGG beruht die Kostenentscheidung. Die Revision wird nicht zugelassen, weil die Voraussetzungen des <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u> nicht erfÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>llt sind.

Erstellt am: 17.11.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024